



Innenausschuss

29. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:15 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3334
Stellungnahme 16/1282
APr 16/375

– Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der
Fraktionen

Der Gesetzentwurf mit der Drucksache 16/3334 wird mit den
Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die
Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion ange-
nommen.

- 2 Geplante massive Reduzierung von Motorradpolizisten in Nordrhein-Westfalen** **13**
- Vorlage 16/1374
- Diskussion –
- 3 Was tut die Landesregierung gegen die geplante Einführung der Videoüberwachung der Innenstadt von Meschede?** **20**
- Bericht der Landesregierung
- Diskussion –
- 4 Befragung von Asylbewerbern durch die Hauptstelle für Befragungswesen auch in NRW? (Antrag seitens der Koalitionsfraktionen; siehe Anlage)** **27**
- Bericht der Landesregierung
- Diskussion –
- 5 Diskriminiert die Landesregierung weiterhin behinderte Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeibehörden durch fehlende Barrierefreiheit in Gebäuden der nordrhein-westfälischen Polizei?** **31**
- Vorlage 16/1375
- Diskussion –
- 6 21. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen** **34**
- Vorlage 16/863
- Stellungnahme der Landesregierung zum 21. Daten- und Informationsfreiheitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**
- Vorlage 16/1170
- Diskussion –

Einverstündlich wird beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, sowohl den Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit – Vorlage 16/863 – als auch die Stellungnahme der Landesregierung hierzu – Vorlage 16/1170 – zur Kenntnis zu nehmen.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bereinigung des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts 47

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4333

Der Gesetzesentwurf wird mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.

8 Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz) 49

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4380

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, schriftliche Stellungnahmen der betreffenden Sachverständigen einzuholen. Diese sollen die Grundlage für weitere Diskussionen bilden.

9 Zwei Suizide bei der Bonner Polizei (TOP beantragt von der CDU; siehe Anlage) 50

Vorlage 16/1444

– Bericht der Landesregierung

10 Abschiebestopp für Roma per „Wintererlass“ – Kein Thema mehr für die rot-grüne Landesregierung? (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) 51

Vorlage 16/1445

– Bericht der Landesregierung

11 Verschiedenes**53****a) Anhörung zum Piratenantrag „Neukonzeption Flüchtlingsaufnahme“ am 6. Mai 2014**

Der für diese Anhörung vorgesehene Beginn um 13:30 Uhr wird auf Wunsch der Piratenfraktion wegen deren zum gleichen Zeitpunkt endenden Fraktionssitzung auf 14 Uhr verschoben.

b) Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung wird am Donnerstag, den 16. Januar 2014 um 10:00 Uhr stattfinden.

* * *

8 Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4380

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung am 28. November 2013 federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden sei. Heute trete man in die Beratung ein. Vor Abschluss sei noch das Votum des mitberatenden Ausschusses abzuwarten.

Lothar Hegemann (CDU) beantragt für die CDU-Fraktion die Durchführung eines Sachverständigengesprächs.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, dass dieser Punkt bereits im Obleutegespräch behandelt worden sei.

Thomas Stotko (SPD) wirft ein, im Obleutegespräch sei vereinbart worden, dass kein Sachverständigengespräch durchgeführt werden solle.

Vorsitzender Daniel Sieveke erwidert, er habe die Wortmeldung anders verstanden. Im Obleutegespräch sei tatsächlich vereinbart worden, kein Sachverständigengespräch durchzuführen. Er wisse nicht, ob die Zuschriften der öffentlich bestellten Vermessungsbereiche eingegangen seien – in Form einer kurzen Stellungnahme, ähnlich wie damals bei den Kinderfeuerwehren –, sodass Fragen nur zu diesem Bereich gestellt werden könnten.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Thomas Stotko (SPD) schlägt vor, die betreffenden Sachverständigen zu bitten, eine kurze schriftliche Stellungnahme abzugeben. Diese Stellungnahmen könnten dann in der nächsten Diskussion bewertet werden.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, schriftliche Stellungnahmen der betreffenden Sachverständigen einzuholen. Diese sollen die Grundlage für weitere Diskussionen bilden.

